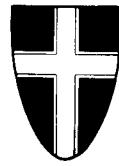


AMT DER  
WIENER LANDESREGIERUNG



MD-1137-2/94

Wien, 28. April 1994

Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Hochleistungs-  
streckengesetz geändert wird  
(HLG-Novelle 1994);  
Begutachtung;  
Stellungnahme

An das  
Präsidium des Nationalrates

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. 30 -GE/19 04
Datum: 2. MAI 1994
Verteilt 6. 5. 94/AB

Das Amt der Wiener Landesregierung beehrt sich, in der Beilage  
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff ge-  
nannten Gesetzentwurf zu übermitteln.

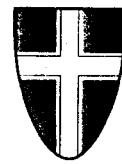
Für den Landesantsdirektor:

Beilage  
(25-fach)

Dr. Pöllmeier  
Obersenatsrat



**AMT DER  
WIENER LANDESREGIERUNG**



Dienststelle **MD-Büro des Magistratsdirektors**

Adresse **1082 Wien, Rathaus**

Telefonnummer **40 00-82126**

**MD-1137-2/94**

**Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Hochleistungs-  
streckengesetz geändert wird  
(HLG-Novelle 1994);  
Begutachtung;  
Stellungnahme**

**zu Zl. 210.779/2-II/1-1994**

**Wien, 28. April 1994**

**An das  
Bundesministerium für  
öffentliche Wirtschaft  
und Verkehr**

**Auf das do. Schreiben vom 25. März 1994 beeht sich das Amt  
der Wiener Landesregierung, zu dem im Betreff genannten Ge-  
setzentwurf nachstehende Stellungnahme bekanntzugeben:**

**Grundsätzlich wird begrüßt, daß bei der Bestimmung des Tras-  
senverlaufes einer Hochleistungsstrecke auf die Ergebnisse  
einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder Bürgerbeteiligung  
nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) Bedacht  
zu nehmen ist.**

**Zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes wird noch  
folgendes bemerkt:**

**zu § 3 Abs. 1:**

**Zur Verdeutlichung sollte auf die Ergebnisse des Verfahrens  
nach dem UVP-G Bezug genommen werden.**

- 2 -

zu § 4 Abs. 1 und 6:

Es sollte angegeben werden, welche Unterlagen für die Beurteilung der Umweltverträglichkeit eines Trassenverlaufes außer "Planunterlagen" vorzulegen sind, wie etwa Fachanalysen über umweltrelevante Auswirkungen.

zu § 4 Abs. 7:

Der Beginn der "vom Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr zu bestimmenden sechswöchigen Frist zur öffentlichen Einsicht" wäre so festzulegen, daß die erforderlichen organisatorischen Vorbereitungen in den Gemeinden getroffen und auch ortsübliche Kundmachungen rechtzeitig vorbereitet werden können. Da die Planunterlagen über den Trassenverlauf nicht nur zum Zwecke der Information der Bevölkerung zur öffentlichen Einsicht aufgelegt werden, wäre es bürgerfreundlich, in die Kundmachung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr auch Fristen und Abgabestellen für die Einbringung schriftlicher Stellungnahmen aufzunehmen (vgl. § 2 Abs. 6 der Bauordnung für Wien).

Gleichzeitig werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Landesamtsdirektor:



Dr. Pillmeier  
Obersenatsrat